

*Wo werden ihre Schwerpunkte im anstehenden Parlamentsjahr liegen? Natürlich ist meine Arbeit in der Kammer auch immer von der kurzfristigen Entwicklung der Aktualität abhängig. Allerdings bin ich froh, dass ich weiterhin dem Wirtschaftsausschuss angehöre. Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Nachrichten wartet nämlich sehr viel Arbeit auf uns. Zuerst kündigte ...*

Wo werden ihre Schwerpunkte im anstehenden Parlamentsjahr liegen?

Natürlich ist meine Arbeit in der Kammer auch immer von der kurzfristigen Entwicklung der Aktualität abhängig. Allerdings bin ich froh, dass ich weiterhin dem Wirtschaftsausschuss angehöre. Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Nachrichten wartet nämlich sehr viel Arbeit auf uns.

Zuerst kündigte der Baumaschinenhersteller Caterpillar an, sein Werk in Gosselies zu schließen. Dann gab der Konzern Axa bekannt, sich von über 600 Mitarbeitern trennen zu wollen.

Das ist sehr schlimm für die Betroffenen und die ganze Region. Die Frage lautet grundsätzlich, wie wir erreichen können, dass Unternehmen nach Belgien kommen und hier investieren und hier auch bleiben. Das Wirtschaftsvolumen von Belgien besteht zu 90 Prozent aus kleinen und mittleren Unternehmen. Die Maßnahmen, die die Föderalregierung getroffen hat, um Betrieben zu helfen, kommen nicht nur den Großkonzernen zugute, sondern gelten für alle. Und sie funktionieren sehr gut. Wenn ein Großkonzern jetzt eine solche Entscheidung trifft, muss man nicht alles direkt schlecht machen.

Aber wo muss man ansetzen, dass solche Massenentlassungen in Zukunft verhindert werden können?

Wir müssen globale Lösungen finden und die Rahmenbedingungen verbessern. Über die Gesellschaftssteuer für Unternehmen ist zuletzt ja sehr viel diskutiert worden. Auch ich denke, dass man den Steuersatz mit dem unserer EU-Nachbarländer harmonisieren sollte. Sie haben das Beispiel Caterpillar genannt. Der Konzern wandert ja nicht aus Europa ab, sondern verlagert die Aktivitäten nach Frankreich.

Die Senkung der Gesellschaftssteuer muss gegenfinanziert werden. Nicht einfach in Zeiten knapper Kassen...

...eine Möglichkeit wäre tatsächlich, das System der sogenannten Fiktivzinsen anzugehen. Darüber kann man sprechen. Wichtig ist, dass der Staat seine Mittel nachhaltig einsetzt, damit die Unternehmen nicht mehr abwandern.

Bei Ihrer parlamentarischen Arbeit haben Sie ihren Blick auch verstärkt auf die Außenpolitik gelenkt.

Weil das im aktuellen Kontext sehr wichtig ist, auch wenn man in der belgischen Presselandschaft viel zu wenig darüber liest. Europa muss endlich die Frage beantworten, wie es seinen Umgang mit den USA und mit Russland gestaltet, wie es sich mit den Konflikten im Nahen Osten auseinandersetzt. Da haben sich einige Dinge in den letzten Jahren sehr stark verändert.

Europa wird gern als Buhmann hingestellt. Dabei sind es doch die Mitgliedsstaaten, die ein einheitliches Auftreten verhindern.

Zunächst einmal muss die EU-Kommission transparenter agieren und braucht ein echtes demokratisches Gegenwicht, das die Möglichkeit hat, sie zu kontrollieren. Darüber hinaus müssen wir über eine europäische Integration in mehreren Phasen und unterschiedlichen Geschwindigkeiten nachdenken. Die Länder, die wollen, sollten beispielsweise eine gemeinsame Arbeitsmarktpolitik und eine Harmonisierung der Sozialversicherungssysteme angehen dürfen. Die anderen bleiben dann, wenn sie dies unbedingt möchten, außen vor.

Sie fordern ein Kerneuropa?

Ja, absolut. Im Zuge der EU-Osterweiterung sind die Strukturen nicht genügend angepasst worden, sodass der Bürger das Ganze auch nicht mehr nachvollziehen kann und sich Europa immer weniger verbunden fühlt, sich vorrangig auf nationale Interessen stützt. Wir leben in unsicheren Zeiten und stehen vor großen Herausforderungen. Alleine mit Blick auf die USA muss man beunruhigt sein. Wie werden sich die Vereinigten Staaten nach den Präsidentschaftswahlen verhalten? Stehen sie auch weiterhin uneingeschränkt zur Nato? Bis zu 70 Prozent der Nato-Ressourcen entfallen auf die USA.

Sie sprechen die internationalen Beziehungen an: Wie stehen Sie eigentlich zum heftig umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP, über das zurzeit zwischen der EU und den USA verhandelt wird?

Ich habe schon vor einem Jahr, als die Debatte darüber auch die DG erreicht hatte, gemutmaßt, dass die Verhandlungen in die US-Präsidentschaftswahlen hineinfallen und damit nicht von Erfolg gekrönt sein könnten. Heute fühle ich mich betätigt. Die TTIP-Verhandlungen sind de facto abgebrochen worden, und man wird sehen müssen, wie es nach den Wahlen in den USA weitergeht. Übrigens stehen dann ja auch Wahlen in Europa an.

Sehr kritisiert wurden bislang ja nicht nur mögliche Inhalte, sondern auch die Art und Weise, wie verhandelt wurde. Begrüßen Sie, dass es zumindest etwas mehr Transparenz gab?

Nun ja, die TTIP-Diskussion ist schon etwas eigenartig. Die EU und Belgien haben schon zahlreiche Freihandelsabkommen mit verschiedenen Ländern der Welt abgeschlossen. Einige sogar sehr fragwürdig in Bezug auf die Verteidigung demokratischer Grundwerte. Aber da ist das nie hinterfragt worden. Wenn es um die USA geht, wittern manche immer gleich ein imperialistisches

Komplott... Grundsätzlich ist es gut, wenn gemeinsame Standards geschaffen werden sollen, um den gegenseitigen Handel anzukurbeln.

Bei TTIP war sehr viel öffentlicher Druck im Spiel.

Das hat schon einiges gebracht in puncto öffentlicher Darlegung von Fakten. Aber mit der Transparenz ist das so eine Sache: Wenn nur gewisse Abgeordnete die Verhandlungspapiere einsehen dürfen, bringt das nur bedingt etwas. Ich glaube nicht, dass irgendjemand 12.000 Seiten Verhandlungspapier durchstöbert und dann auch noch wirklich versteht, welches die Vor- und Nachteile für seine Region sind. Denn nicht in allen EU-Ländern hat Bevölkerung gegen TTIP demonstriert.

In der Sommerpause wurde auch mal wieder viel über die Finanzlage diskutiert. Inzwischen hält kaum noch einer der Koalitionspartner am Haushaltsgleichgewicht 2018 fest, weil durch allzu große Sparmaßnahmen das Wachstum gefährdet werden könnte. Was denken Sie?

Die Schätzungen, wie viel man tatsächlich einsparen muss, gehen zum Teil ja weit auseinander. Ich würde gerne die neuesten Zahlen abwarten...

...aber denken auch Sie, man könnte die schwarze Null bis 2019 vertagen?

Ich persönlich würde in Sachen Steuerreform - im sogenannten Tax Shift - noch einen Schritt weiter gehen und noch mehr tun, um Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn es dann nicht anders geht, muss man das Haushaltsgleichgewicht auf 2019 verschieben.

Und dann wäre da noch der endgültige Atomausstieg im Jahr 2025. Aus den Reihen der N-VA und der CD&V gibt es Zweifel, ob dieses Datum gehalten werden kann.

Ich habe den Atomausstieg seit 2003 immer befürwortet. Im Regierungsabkommen steht das Jahr 2025 als Endtermin. Daran wird nicht gerüttelt. Allerdings müssen die Regionen, die in der Energiepolitik weitreichende Kompetenzen haben, da mitziehen. In der Wallonie zum Beispiel gibt es große Einsparungspotenziale und mehr Energieressourcen. Das muss man auch ausschöpfen und man muss zusammenarbeiten. Wir können nicht aus der Kernenergie aussteigen und uns gleichzeitig ganz vom Ausland abhängig machen.

Von Christian Schmitz

Copyright © 2016 Grenz Echo. Alle rechten voorbehouden